

Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei

Die Linke muss die Lehren aus dem Scheitern SYRIZAs ziehen und der wachsenden Wut in Europa eine Perspektive der Veränderung anbieten finde **Ulrike Eifler**.

Europa kommt nicht zur Ruhe. Proteste in Frankreich, Ungarn und Serbien prägen das Bild ebenso wie eine stärker werdende Rechte. Das Unbehagen und der Zorn wachsen und die Rechte schickt sich an, abzurufen, was neoliberale Politiker seit Beginn der Eurokrise säen: Eine autoritäre Politik sozialer Verwüstung, Diskriminierung und Ausgrenzung.

Die Linke dagegen wirkt ratlos. Vom linken Aufbruch, der die Krisenproteste ab 2010 vor allem in Südeuropa begleitet hatte, ist nur noch wenig zu spüren. Seit der Unterzeichnung des dritten und zugleich schärfsten Memorandums durch SYRIZA im Sommer 2015 scheinen die Hoffnungen auf Veränderung in Europa eingetrübt.

Widerstand gegen die Troika

Dabei hatten der deutliche Wahlerfolg der griechischen Linken und eine Lawine an sozialen Kämpfen die Kräfteverhältnisse in Europa kräftig durchgerüttelt: Demonstrationen mit mehr als 800.000 Teilnehmer*innen. Generalstreiks. Besetzungen. Der Kampf um den Erhalt des staatlichen Senders, die Reinigungskräfte, die monatelang auf dem Syntagma-Platz kampierten und wunderbare Momente der Selbstorganisation hatten den Widerstand gegen die Troika geprägt. Und er wurde nirgendwo leidenschaftlicher geleistet als in den Straßen Athens.

Der Aufstieg SYRIZAs war Folge dieser Kämpfe, und es ist wichtig zu verstehen, in welchem Verhältnis Partei und Bewegung standen. Die Kämpfe hatten die Austeritätspolitik trotz ihrer Radikalität und Mobilisie-

rungsstärke nicht verhindern können. Aus diesem Grund verschob sich die Perspektive der Veränderung schrittweise von der Straße ins Parlament. Sie mündete in den Versuch, die Politik der Troika auf der politischen Ebene zu bekämpfen, nachdem dies über soziale Kämpfe nicht gelungen war. Mit der Unterzeichnung des Memorandums war nicht nur eine linke Verhandlungsstrategie gescheitert, sondern auch der Versuch, den sozialen Verwüstungen eine alternative Politik der radikalen Linken entgegenzusetzen.

Die Klassenangriffe nehmen zu
Der Vorwurf, SYRIZA habe den Konsens der Anti-Austeritätspolitik verlassen, wie ihn die französische Parti de Gauche erhebt, ist jedoch ebenso wenig hilfreich wie die Feststellung, unter dem Druck der Erpressung hatte SYRIZA keine andere Wahl. Ihr Scheitern ist weitaus mehr als das Ergebnis einer erfolgreichen Erpressung und deutlich weniger als gewissenloser Verrat. Es ist vielmehr das Ergebnis einer aggressiven Unterwerfungsstrategie, der eine Strategie entgegengesetzt wurde, die schlicht unwirksam war.

Sowohl der Wahlerfolg SYRIZAs als auch der massive Druck der Eurogruppe markierten den Eintritt in eine neue Phase klassenpolitischer Mobilisierungen auf beiden Seiten. Für die europäischen Institutionen ging es um mehr als um einen Verhandlungserfolg, denn die Griechenlandkrise hatte auch die Widersprüche kapitalistischer Entwicklung und europäischer Integration sichtbar gemacht. Weil eine Kurskorrektur nicht in Frage kam, blieb als Alternative nur die Zuspitzung: der

neoliberale Umbau Europas und ein weitgehender Abbau sozialstaatlicher Kompromisse. Diese Strategie lief auf eine Verfestigung der Ungleichheit und ihre Transformation in Herrschaftsverhältnisse hinaus, die die Überwachung von Haushaltsmitteln und die Ablehnung von Haushaltsdefiziten autoritär zuspitzten: Disziplin ohne Widerspruch, Eingriff in souveräne Staatsrechte, Ignoranz des Wähler*innenwillens und rücksichtslose Sozialkürzungen.

Um diesen Kurs zu halten, musste die SYRIZA-Regierung destabilisiert werden. Das Austrocknen der Notkredite und die Drohung der EZB, griechische Banken zu schließen, begleiteten die Verhandlungen von Anfang an. Eine Strategie, die der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis als „finanzpolitisches Waterboarding“ bezeichnete. Die Regierung wurde an den Rand eines finanziellen Erstickungstodes gebracht. Kurz vor der tatsächlichen Zahlungsunfähigkeit stellten die Gläubiger gerade eben so viel Liquidität zur Verfügung, dass die nach Luft ringende Regierung am Leben blieb. So wuchs der Druck, in der anschließenden kurzen Atempause die von den Gläubigern geforderten Maßnahmen zu unterschreiben.

Die Gegenstrategie erwies sich als ungeeignet

Auf diese massiven Klassenangriffe reagierte SYRIZA mit einer im Kern sozialpartnerschaftlichen Verhandlungsstrategie. Die Gläubiger sollten von einer Lockerung der Austeritätspolitik und dem durchdachten Konzept einer Umschuldung „überzeugt“ werden. „Partnerschaft, nicht Zwang ist der Weg zum Erfolg“,

sagte Varoufakis am Rande der Verhandlungen. Diese Strategie, die die Grenzen neoliberaler Legalität nicht durchbrach, bot den Gläubigern die Möglichkeit, SYRIZA in die Umsetzung der Austeritätspolitik einzubinden und schrittweise in die Knie zu zwingen. Selbst als Alexis Tsipras nach dem Referendum vom 5. Juli, bei dem 62 Prozent der griechischen Bevölkerung Nein zu weiteren Sparmaßnahmen gesagt hatten, Kompromissbereitschaft signalisierte, gaben die Gläubiger nicht nach. Die politische Erniedrigung der radikalen Linken war Teil des eingeleiteten Paradigmenwechsels.

Entscheidend aber war die fehlende Solidarität in Europa. Dass die sozialdemokratischen Vertreter in der Eurogruppe auf die Linie der Konservativen einschwenkten und damit die Kräfteverhältnisse für ein anderes Europa schwächten, überraschte wenig. Aber das „ohrenbetäubende Schweigen“ der Gewerkschaften, die ausbleibenden Mobilisierungen für einen ökonomischen und sozialen Kurswechsel schwächten SYRIZA zusätzlich.

Nein zur Austerität. Aber wie weiter?

Aus Fehlern lernen: Wut allein reicht nicht

Der autoritäre Umbau Europas ist in vollem Gange. Er findet statt unter Beteiligung von Konservativen und Sozialdemokraten. Und dort, wo bereits Vertreter der extremen Rechten in der Regierung sitzen, geschieht er in beschleunigter Form. Vor diesem Hintergrund stellt sich für die Linke die alte Frage nach sozialistischer Politik als Strategie gegen den Rückfall in die Barbarei auf neue Weise. Die Antwort auf die Frage nach dem Kern einer solchen Politik muss aus den linken Arsenalen von Erfolgen und Niederlagen entwickelt werden.

Die griechischen Erfahrungen zeigen: Wut allein reicht nicht, um die Gesellschaft zu verändern. Es braucht auch einen Plan. An dieser Leerstelle muss eine linke Strategiedebatte ansetzen. Das Verhältnis von Partei und Bewegung muss dabei neu überdacht werden. Soziale Bewegungen dürfen nicht nur unterstützt, sie müssen vor allem koordiniert werden. Eine linke Partei muss in den Bewegungen um Hegemonie

kämpfen. Sie muss darin Führung übernehmen, indem sie einen Plan für eine erfolgreiche Kampfstrategie entwirft und sie muss eine Perspektive grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderung anbieten. „Die Linke ist voll von Menschen, die es gut meinen“, hat Stathis Kouvelakis im Sommer 2015 gesagt und damit unterstrichen, dass das allein die politische Linke noch nicht stark macht. Stärke gewinnt sie durch einen ehrlichen Umgang mit ihren Erfolgen und Niederlagen und die Ableitung ihrer Strategien aus einer sorgfältigen Analyse gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse.

Ulrike Eifler lebt in Marburg, sie ist Geschäftsführerin der DGB Region Südosthessen und Mitglied im Parteivorstand von DIE LINKE.

